

Ausserordentliche Bundesratssitzung
vom 14. November 1963 im Weissen Rössli in Zäziwil
über die Konjunkturpolitik des Bundesrates

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Spühler
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Beginn: 14 Uhr 30 Schluss: 17 Uhr 30

Als Unterlage dient eine Skizze der interdepartementalen Arbeitsgruppe für konjunkturpolitische Fragen vom 11.11.63, betitelt "Bemerkungen zur Konjunkturpolitik des Bundes".

Vorbemerkung des Protokollführers

(Die folgende Zusammenfassung der Ausführungen von Herrn Schaffner beruht im wesentlichen auf dem schriftlichen Konzept, das Herr Schaffner als Grundlage benützte, ohne sich starr daran zu halten. Seine zusätzlichen Ausführungen, soweit sie sich auf die möglichen Entlastungsmassnahmen beziehen, werden anschliessend an den dem Konzept entsprechenden Text aufgeführt).

Herr Schaffner eröffnet die Diskussion und stellt fest, dass die Skizze keine Vorschläge bringen, sondern lediglich am Schlusse die Idee aus der Ansprache des Herrn Bundespräsidenten an der Mustermesse übernehme, wonach ein Sachverständigenkollegium zu schaffen wäre, das den verantwortlichen Bundesbehörden die Möglichkeit gibt, die konjunkturpolitischen Auswirkungen und Erfordernisse ihrer politischen Entscheidungen zu erkennen und zu beurteilen. Es handle sich um eine objektive, leidenschaftslose und unpolitische Wiedergabe der heutigen Situation, um ein Röntgenbild unserer konjunkturellen Verhältnisse. Es ergebe sich daraus, dass wir vor sehr starken Auftriebskräften stehen.

Der oberste Gesichtspunkt für die schweizerische Wirtschaftspolitik müsse die Aufrechterhaltung unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit sein, die gestattet, den für eine rationelle industrielle Arbeitsteilung zu kleinen eigenen Wirtschaftsraum zu überwinden. Jeder dritte Franken, den wir einnehmen, komme von unserer Auslandstätigkeit her. Zwei von drei Franken unserer Einnahmen hingen davon ab, dass wir konkurrenzfähig bleiben. Wir müssen unseren eigenen Weg ständig selbständig finanzieren können. Diese Grundlage gebe uns die Verhandlungsfähigkeit und die Willensfreiheit.

In den letzten 10 Jahren seien wir relativ erfolgreich gewesen. Wir hätten unsere Konkurrenzfähigkeit beisammen halten können aus folgenden Gründen:



- a) Die Expansion sei dank der Kapitalreserven und der Zustrom fremden Kapitals von der Kapitalseite her nicht gebremst worden, weshalb unsere Zinssätze tiefer geblieben seien als in den Konkurrenzländern.
- b) Die Grenzen des Arbeitsmarktes seien durch die Einwanderung von Fremdarbeitern um fast die Hälfte ausgeweitet. Die Expansion sei von einer langsameren Lohnhause begleitet als bei der Konkurrenz. Dabei sei festzustellen, dass unsere Gewerkschaften nicht unvernünftig gewesen seien.
- c) Wegen der erwähnten Kostenvorteile hätten unsere Betriebe die ausländische Zollgrenze leichter überspringen und grössere Umsätze erzielen können.
- d) Dank dieser grösseren Umsätze habe man die Kosten je produzierte Einheit senken können, was die Konkurrenzfähigkeit weiter verstärkt habe.

Nun scheine aber die Schweiz in eine Entwicklung eingetreten zu sein, wo die Vorteile, die sich in der Vergangenheit gegenseitig gesteigert hatten, sich in Nachteile verwandeln könnten.

Kritisch seien besonders folgende Erscheinungen:

- a) der Bauboom
- b) die Europäisierung unseres Arbeitsmarktes
- c) die Europäisierung unseres Kapitalmarktes
- d) die Diskriminierung.

Besonders bedeutsam sei, dass wir am Anfang eines neuen, diesmal die ganze industrielle Welt erfassenden konjunkturellen Aufstieges stehen. In England und in den USA gehe es aufwärts. Dieser Aufstieg werde die Nachfrage ausweiten und den Kranz der Grenzlieferanten verbreitern. Das bedeutet, dass selbst ein stark auf den Export angewiesenes Land die Möglichkeit erhalte, sein Kostenniveau über das Mass hinaus steigen zu lassen, das ihm auf längere Sicht gesehen zuträglich sei. Wir werden es nicht merken, wenn wir Grenzlieferanten werden.

Die erwähnten Erscheinungen werden folgende Auswirkungen haben:

Bauboom

Unser Bauboom habe besonders starke autonome Inflationskräfte freigelegt. Das Zentrum der Konjunkturüberhitzung liege hier.

- a) Wegen der übermässigen Nachfrage nach Wohnbauten könnten einerseits die Bauunternehmer ihre Preise weit über ihre Kosten hinaustreiben (Knappheits-Rente für die Baukapazität) und andererseits passe sich der Wert der "Altbauten" nicht nur den steigenden Baukosten, sondern den übersteigerten Bau-preisen an.
- b) Dank ihrer hohen Gewinne seien die Bauunternehmer geneigt, dem Lohndruck ihrer Arbeiter leicht nachzugeben, womit sie beitragen zur Stimulierung der Löhne in andern Wirtschaftszweigen und zur allgemeinen Lohnhause.

- c) Die steigenden Baukosten ihrerseits stimulieren die Baufrage. Jeder sage sich "sauve qui peut!" Zuwarten bedeute höhere Kosten. Der Besitz eines fertigen Baues stelle scheinbar einen sicheren Gewinn dar (Knappheits-Rente).
- d) Der Preisauftrieb für "Neu- und Altbauten" und des Baulandes ermögliche eine höhere hypothekarische Verschuldung. Die Ausweitung des Kreditvolumens wirke bei der heutigen Ueber- spannung ihrerseits wieder inflatorisch.
- e) Die Ueberbeanspruchung des Kreditmarktes für Hypotheken führe zur Kreditverteuerung, wodurch sich wieder die Mieten und Landwirtschaftspreise erhöhen und die Lohnhause weiter ge- fährdet werde.
- f) Es sei festzustellen, dass alle diese Tendenzen sich gegen- seitig fördern und damit einen Preis- und Lohnsog nach oben bewirken.
- g) Die internationale Konjunktorentwicklung gestattet eine Ent- faltung dieser Kräfte über das langfristig zuträgliche Mass hinaus.

Europäisierung unseres Arbeitsmarktes

- a) Weil 30 % unserer aktiven Bevölkerung ein mobiles, aus dem Ausland stammendes Element darstellt, ist die Schweiz mehr als irgend ein anderes Land, an die Lohnentwicklungen in den übrigen Ländern, d.h. der EWG, gekettet. Diese Ver- kettung werde sich im Hinblick auf die nun erfolgte An- näherung der europäischen Saläre künftig deutlich zeigen.
- b) Man müsse sich bewusst sein, dass die Produktivität der Wirtschaft der EWG als Folge des grösseren Marktraumes rascher steigendürfte als in der Schweiz. Auch das innere gemeinsame Lohninflationpotential der Länder der EWG sei grösser geworden, weil die Länder weniger auf den Aussen- handel mit Drittstaaten angewiesen seien als früher. Wir seien an diese Lohnhause-Tendenzen im Sinne eines Mindest- masses gebunden, ohne von den Faktoren zu profitieren, die sie verursachen bzw. tragbar machen. Von dieser Seite her könnte sich unsere Lage stark verschlechtern.

Europäisierung des Kapitalmarktes

Es bestünden Tendenzen, das Zinsniveau des schweizerischen Kapitalmarktes dem europäischen Niveau, das 1 - 1,5 % höher liege, anzugleichen.

Von aussen könne man die Zinsangleichung erzwingen durch fol- gende zwei von vielen zur Verfügung stehenden Mittel. Man be- gibt Franken-Anleihen ausserhalb der Schweiz oder man legt europäische Anleihen an, bei denen der Schweizerfranken eine der Optionswährungen ist zu Zinssätzen, die höher liegen als die schweizerischen. Wenn diese Praxis Schule mache, werde künftig niemand mehr ausländische Anleihen in der Schweiz zu tieferen Sätzen zeichnen, wenn es solche gleicher Qualität zu höheren Sätzen im Ausland bekommen könne.

Unsere Banken müssten in der Lage sein, wenn sie ihre internationale Stellung nicht verlieren wollen, auf dem schweizerischen Markte fremde Anleihen zu "europäischen Bedingungen" aufzulegen. Damit würde sich auch das Zinsniveau für schweizerische Anleihen, das sowieso schon in Bewegung sei, rasch heben.

Es sei möglich, dass wir diesen ersten Angriff abschlagen, aber es sei zu befürchten, dass durch andere Mittel und Wege sich unsere Zinssätze dem europäischen Niveau angleichen.

Unsere Handelsbilanz wäre ohne Einströmen von Aussenkapital defizitär. 1962 hatten wir ein Defizit der Aussenhandelsbilanz von 1,5, 1963 ein solches von 1,7 Milliarden Franken. Man fange an zu diskutieren, ob unsere Währung wirklich so gut sei. Die USA-Handelsbilanz sei nur wegen der Geschenke, die man überall hin mache, nicht ausgeglichen, während unsere Handelsbilanz nur ausgeglichen sei durch das Geschenk fremden Geldes, das ins Land ströme. Wenn man anfangen würde den Franken zu diskutieren und dann das Geld nicht mehr ins Land käme, dann würden wir einen "Kreditkollaps" erleben. Der Bund habe technische Währungsreserven und sterilisierte Mittel von über 2 Milliarden und die Nationalbank von 1 Milliarde. Man brauche diese Injektionsmöglichkeit für grosse Dinge.

Die Diskriminierung und Zunahme der Konkurrenzfähigkeit gewisser Branchen in der EWG

Unser Hauptabnehmer sei die EWG. Deren Konkurrenzfähigkeit wächst als Folge der Integration. Die Diskriminierung durch sie ist im Anlaufen.

Unsere Kostenelastizität sei wegen der Integration unseres Arbeits- und Kapitalmarktes geringer geworden. Eine starke autonome interne Kostenhauss (Bauüberforderung) sei am Werke. Deshalb bestehe die Gefahr, dass nach dem Auslaufen des neuen Konjunkturhochs unsere Wirtschaft vor einer Kostenklemme stehe und ihr Auslandabsatz zurückgehe. Dann werde sie aber auch die Vorteile der "Volumenproduktivität" (abnehmende Stückkosten dank grösserer Serien) verlieren.

Die "Integration unserer Produktionsfaktoren in den Gemeinsamen Markt" könnte wegen dessen grösseren inneren Inflationpotential auch unsere Konkurrenzfähigkeit auf Drittmärkten vermindern.

Die Folgen einer Kostenklemme seien schwer übersehbar. Sie könnten zu einer sehr konzentrierten und massiven Strukturbereinigung in unserer Wirtschaft zwingen, verbunden mit krisenhaften Erschwerungen und einer längeren Stagnation. Damit wäre wohl auch eine grosse Kapitalvernichtung verbunden.

Soviel zur Diagnose.

Die wichtigsten konjunkturpolitischen Massnahmen sollten in folgender Richtung liegen:

- a) Dämpfung der Nachfrage nach Bauten.
- b) Weiterführung der künstlichen Verknappung des Kapitalangebotes, solange der Zustrom von aussen anhält. Wiedererreicherung des Gleichgewichtes zwischen Sparen und Investitionen.

- Vermeidung der Verletzlichkeit auf dem Kapitalgebiet.
- c) Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften:
 - aa) Ersatz der Arbeit durch Automatisierung
 - bb) Abbau gewisser Tätigkeiten
 - d) Erhöhung der landeseigenen Angebote an Arbeitskräften:
 - aa) Beschleunigung der Strukturbereinigung der Landwirtschaft
 - bb) Erhöhung des Pensionierungsalters für Arbeitswillige
 - cc) Beschleunigung der Assimilierung ausländischer Arbeitskräfte
 - dd) Vermehrte Verlegung von Arbeitsgängen ins Ausland.

Ansatzpunkte für eine Intensivierung der Konjunkturdämpfung

I.

Als die beiden stärksten Auftriebsfaktoren nennt der Sprechende: den Arbeitsmarkt im allgemeinen und der Bauboom im besonderen.

Als wichtigste Ursache der gegenwärtigen Auftriebsphase kämen in Betracht:

- a) Die wieder ansteigende Nachfrage nach Arbeitskräften stosse deutlicher an die Grenzen des Arbeiterangebotes, sei es als Folge der behördlichen Massnahmen betreffend Fremdarbeiter, sei es wegen abnehmender Grenzproduktivität der Fremdarbeiter, was den Wettbewerb um die guten Elemente verstärke.
- b) Die Wirtschaft der ganzen industriellen Welt sei wieder im Konjunkturanstieg, was ganz allgemein die Abwälzung steigender Kosten erleichtere.
- c) Der Wohnungs- und Infrastrukturbedarf für Bauland habe als Folge der Immigration einen solchen Umfang angenommen, dass er landesinnere Auftriebskräfte auslöse, die die Impulse auf der Exportseite stark übertreffen. Er wirke im Form eines Nachfrageüberhanges und der damit verbundenen Knappheitsrentenbildung.

Im Zentrum der Auftriebskräfte stehe das Baugewerbe und der Grundstück- und Häusermarkt. Diese würden nicht nur direkt auf das Lohnniveau wirken, sondern auch indirekt über höhere Mieten, Kreditexpansion, höhere Kapitalzinssätze etc.

Unsere gegenwärtige Konjunkturpolitik sollte daher ausgerichtet sein:

Auf eine Dämpfung der Nachfrage nach Arbeitskräften im allgemeinen und auf eine Verminderung des auf dem Markte wirksamen Nachfrageüberhanges für Bauten im besonderen.

Entlastungsmassnahmen

II.

Die Knappheit auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen dürfte noch verschärft werden durch die strikte Fremdarbeiter-Plafonierung, die

- 6 -

aus langfristigen Ueberlegungen nötig sei. Schon um diese Wirkung aufzufangen, seien Entlastungsmassnahmen erforderlich.

Diese könnten im folgenden liegen:

- a) Allgemeine Nachfragedämpfung über die stärkere Kompensation der einströmenden Kapitalien.
 - aa) kurzfristige Massnahme:
Verschärfung der Vereinbarung zwischen Nationalbank und Banken über die Kreditplafonierung
 - bb) längerfristige Massnahme:
Einführung des Gesetzes über die Regulierung des Kreditvolumens (Mindestreserven-Gesetz etc.)
- b) Verzicht der öffentlichen Hand während eines Jahres, Neueinstellungen vorzunehmen, die über den Ersatz der Austritte hinausgehen. Heraufsetzung des Pensionierungsalters im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen.
- c) Förderung der Kräfte, die auf eine Einschränkung der Beschaffung in Grenzbetrieben hinzielen:
 - aa) Beginn einer grösseren Freizügigkeit für Fremdarbeiter innerhalb der Kantone;
 - bb) Ausrichtung des Paritätseinkommens in der Landwirtschaft auf grössere und rationellere Betriebe.

Bezüglich der Verminderung des auf dem Markt wirkenden Nachfrageüberhanges an Bauarbeiten könnte vorgesehen werden:

- a) Einführung einer Bewilligungspflicht für Neu- und Umbauten vorderhand für ein Jahr (dringlicher Bundesbeschluss).
- b) Einbezug der öffentlichen Bauten (inkl. Kantone und Gemeinden) in die unter a) erwähnte Massnahme.
- c) Damit sich nicht im kritischsten Sektor die Renten auf bestehenden Bauten erhöhen und ein Rückfall in eine schärfere Mietzinskontrolle notwendig wird, sollte der Bau billiger Wohnungen im Rahmen der Bewilligungen eine gewisse Priorität erhalten.

Gestützt auf ein solches Programm könnten eine Reihe inflatorisch wirkender Begehren auf den verschiedensten Gebieten zurückgestellt werden.

Bis hieher diene das Konzept, das Herr Schaffner für seine Ausführungen benutzt hatte als Grundlage für das Protokoll. Die weiteren Ausführungen beruhen ausschliesslich auf den Notizen des Protokollführers. Sie ergänzen die grundlegenden Feststellungen des Konzeptes in einigen Punkten.

Es handle sich darum, die Atmosphäre wieder günstiger zu gestalten. Die öffentliche Hand müsse beispielhaft wirken und das Bauvolumen etwas reduzieren. Wenn man von Bund-, Kantons- und Gemeindebauten 15 bis 20 % beiseite stellen würde, könnte man ca 2 Milliarden zurückstellen. Aehnlich sollte man das Nationalstrassenbauprogramm etwas in die Länge ziehen.

In der Frage der Arbeitskräfte müsse er zusammen mit dem JPD die Wirtschaft noch stärker in die Zügel nehmen. Die Plafonierung werde uns Probleme einbrocken. Sie werde auch zu Strukturbereinigungen zwingen. Es brauche auch hier unser gutes Beispiel. Wir könnten schauen, wie wir unsere Arbeitskräfte über das Pensionsalter hinaus beschäftigen könnten und uns grösste Mühe geben, durch eine Strukturbereinigung von der Arbeitskraft unabhängig zu werden.

Bei der Landwirtschaft müsse durch Strukturbereinigung der Paritätslohn auf Betriebe ausgerichtet werden, für die es sich lohnt.

Die Verminderung des Nachfrageüberhanges verlange die Aufstellung einer Prioritätsordnung.

Für den sozialen Wohnungsbau müsse der Sprechende eine Vorlage präsentieren. Er habe 200 Millionen vorgesehen. Er habe sich an die Gewerkschaften gewandt, ob sie bereit wären für diese Aktion am Samstag zu arbeiten. Die Antwort sei bisher enttäuschend gewesen.

Den Milchpreis werde man erst im Frühling festlegen, weil es sich hier um eine antizipierende Forderung handle.

Man müsse ernsthaft mit allen Kreisen der Arbeitnehmer reden, damit sie uns in der Frage der Arbeitszeit entgegenkommen. Die Gewerkschaften hätten sich hier verständnisvoll gezeigt.

Er glaube nicht, dass wir auf die Löhne einen grossen Einfluss nehmen können. Man müsse hier vorsichtig sein. Bei den Preisen könne man nichts machen. Deshalb glaube er nicht, dass man einen Lohn- und Preisstopp durchführen könne. Die Einführung der Preiskontrolle hätte gegenteilige Wirkung.

Wir hätten eine blühende Wirtschaft, doch wolle man zu viel auf einmal. Wir wollen gleichzeitig unsere Armee ausbauen, unser Sozialprogramm erfüllen und die Nationalstrassen erstellen und den Gewässerschutz in Ordnung bringen. Da müsse man eine gewisse Ordnung nach der Priorität hineinbringen. Die Wahlen hätten gezeigt, dass wir stabilisierte politische Verhältnisse haben. Der Sprechende sei nicht überzeugt, dass man Grund zu Pessimismus habe. Man habe nur nicht alle Möglichkeiten, die man als Regierung hätte, ausgenützt.

Der Herr Bundespräsident stellt mit Genugtuung fest, dass Herr Schaffner nun Vorschläge unterbreite, die über das ausgeteilte Exposé hinausgingen.

Herr Bonvin stellt fest, dass die Grundlage immer die gleiche sei. Er sei überzeugt, dass wir die Lasten der Krise noch tragen. Unsere Nachbarländer hätten ihre Verkehrswege ausgebaut und sich nach dem Kriege sehr rasch entwickelt. Wir hätten uns immer darauf vorbereitet, eine kommende Krise zu überstehen. Das

Währungsproblem hätte man lösen können, wenn man am Anfang energisch dahinter wäre. Wir hätten auf allen Gebieten grosse Verspätungen einzuholen.

Es gebe auch in der Schweiz noch Gebiete, die unterentwickelt seien. Der Franken habe seine Kaufkraft verloren. Wenn das nicht wäre, könnte man optimistisch sein. Wir müssen die Freiheit unserer Wirtschaft mit der Verminderung der Kaufkraft des Franken bezahlen. Wo das Prinzip von Angebot und Nachfrage herrsche, bleibe wenig Raum für staatliche Eingriffe.

Im Kapital und Geldsektor könne sich wegen des Kapitalzuflusses aus dem Ausland kein natürliches Gleichgewicht einstellen. Durch die Reservenbildung hätten wir hier einen Ausgleich geschaffen. Diese Reserven müssten wir erhöhen. Man müsse die Investitionen abbauen und schauen wie man sich darüber verständigen könne.

Den angekündigten Entwurf der Nationalbank habe er heute erhalten. Es handle sich um die Aenderung zweier Artikel. Sie schlage ein Spezialgesetz vor über Kreditreserven und Massnahmen zur Kreditbegrenzung. Die Nationalbank könne das nicht allein machen. Es brauche dazu den Bundesrat, die Nationalbank und die Privatwirtschaft.

Was die Aufgaben der öffentlichen Hand betreffe, sei in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass es Gemeinden gebe, die kein Geld bekämen, um Schulhäuser zu bauen.

Bei den Bauten müsse festgestellt werden, dass hier die öffentlichen Verkehrsmittel eine grosse Rolle spielen. In den Verkehrsfragen seien unsere Nachbarländer sehr gegen uns eingenommen. ~~wegen der Verkehrsfragen~~. So gebe es grössere Gebiete bei den Bauten, wo wir nicht einschreiten können.

Bei den Preisen müsse man schauen, wie man die Leute zur Vernunft bringen könne. Eine enge Zusammenarbeit sei nötig zwischen der gesamten Privatwirtschaft, den Banken und dem Bundesrat.

Herr von Moos dankt für das Exposé der Arbeitsgruppe und die Ausführungen der Vorredner.

Er habe weder grosse Erfahrungen noch verfüge sein Departement über grosse Mittel um mithelfen zu können. Die Frage der Fremdarbeiter sei das Hauptgebiet bei dem er mitwirken könne und auch etwa der Bodenmarkt. Man habe ihm Vorwürfe gemacht, dass die Tarife der neuen Autohaftpflichtversicherung im Widerspruch stehe zur bundesrätlichen Konjunkturpolitik. So diskutiere man was jedes Departement tun könnte. Der Bundesrat sei aber für die Gesamtpolitik verantwortlich.

Er schaue die Dinge mit Herrn Schaffner als ernst an. Da sei einmal der soziale Aspekt. Die Inflation treffe die am schwersten, die im Rückstande seien. Man ziehe Vergleiche zum öffentlichen Personal und zur Privatwirtschaft, bei der Landwirtschaft und bei den Rentnern. Er verweist auf die Skala der Geldentwertung seit 1934.

Man habe den Eindruck, dass man auf gewissen Gebieten das Gegenteil dessen tue, was man sollte und könnte. Man müsse sich nur vergegenwärtigen was in Investitionen geschehe. Aus solchen Feststellungen heraus beurteile er die Entwicklung pessimistisch.

Er sei glücklich zu vernehmen, dass die Nationalbank einen Revisionstext für das Nationalbankgesetz vorbereitet habe. Er möchte feststellen, dass man immer wieder höre, dass man auf ihre Warnungen nicht abstellen müsse.

Er teile die Auffassung, dass man eine gewisse Prioritätsordnung bei den Bundesgaben und Ausgaben aufstellen müsse.

Zu den einzelnen Massnahmen bemerkt Herr von Moos:

1. Fremdarbeiterbeschränkung

Er könne hier nicht ganz beurteilen, wie sie sich auswirken werde im Hinblick auf die Inflation.

2. Mietzinsfrage

Diese spiele im Budget der Familie eine grosse Rolle. Wenn man früher an eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes gegangen wäre, so könnte man heute die Früchte geniessen. Jetzt hätten wir alle die Schwierigkeiten mit der Mietzinsgestaltung.

3. Zinsfussgestaltung

Man befürchte eine Zinsfusserhöhung. Man hätte diese durch die Freigabe sterilisierter Mittel bekämpfen wollen. Das gebe neuen Inflationsauftrieb.

Der Bundesrat sollte nicht zögern, etwas zu unternehmen. So seien Restriktionen im Bauvolumen sicher nötig. In der Bautätigkeit der öffentl. Hand sollte man gewisse Einschränkungen machen. Dabei sollte gewissen dringlichen Bedürfnissen wie z.B. dem Bau von Spitälern und Schulen Rechnung getragen und in weniger wichtigen Fragen Zurückhaltung geübt werden. Letzthin habe man sich in einer ständerrätlichen Kommission über die Gebundenheit der Ausgaben beklagt. Dazu sei festzustellen, dass unsere Räte alles in den Gesetzen regeln wollen. Der Bundesrat sollte sich nicht darauf beschränken, Gutachterkommissionen zu bestellen, sondern auch konkrete und energische Massnahmen treffen. Der Sprechende könne allerdings noch nicht sagen wie.

Man könnte die Kantone einberufen, um ihre Massnahmen mit denen des Bundes zu koordinieren und um einen psychologischen Druck auf sie auszuüben, damit sie das Mögliche unternehmen. Das EVD und das FZD sollen aber vor allem einen Gesamtplan mit konkreten Vorschlägen ausarbeiten und dem Bundesrat unterbreiten.

Herr Chaudet stellt fest, dass man darüber einig sei, dass es darum gehe, die Kaufkraft des Franken und unsere Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland aufrecht zu erhalten.

Der Staat müsse mit dem guten Beispiel voran gehen. Man solle ein Programm der Massnahmen aufstellen. Was nötig wäre, wäre vor allem vertragliche Bindungen. Der Redner fürchte, dass man, statt zu einer Besserung zu gelangen, dazu käme, uns gegenüber dem Ausland zu schwächen. Wir hätten von einer Situation auszu-

gehen, bei der wir 20 Jahre verspätet seien. Eine Menge von Aufgaben der öffentlichen Hand seien dringend geworden. Wir hätten überall kranke Gewässer. Wir seien im Wohnungsbau verspätet. Wir hätten grosse militärische Anstrengungen fortzusetzen, Nationalstrassen zu bauen, ein Sozialprogramm zu lösen u.a.m.

Auch im privaten Bereich sei unser Land im Rückstand, so vor allem im Tourismus, wo uns das Ausland eingeholt und überholt habe.

Die Anstrengungen der öffentlichen Hand hätten nur dann einen Sinn, wenn auch die Privatwirtschaft mitmache. Er sei dafür, dass man alles mache zur Konjunkturdämpfung seitens der öffentlichen Hand, aber nicht nur im Sinne des guten Beispiels. Der Unternehmer, der keine Staatsaufträge mehr bekommt, hat genügend andere Aufgaben, auf die er sich stürzen kann, wenn wir nicht die Verpflichtungen, die wir auf uns nehmen, vervollständigen durch Verpflichtungen der Kantone und der Privaten. Die ganze Konjunkturpolitik leide darunter, dass niemand recht an unsere Anstrengungen glaube. Wir müssten alle Kreise zur gleichen Zeit auf ein Programm verpflichten können, sonst würden wir das Gegenteil erreichen.

Herr Wahlen erklärt, er sei mit grosser Sorge hergekommen. Wir ständen in einer langen Periode von Versuchen, der Konjunkturüberhitzung durch Mahnungen beizukommen. Man habe nicht verhindern können, dass man in eine Situation dauernder Inflation geraten sei. Die Schwindsucht des Schweizerfrankens dürfe nicht weitergehen. Der Hauptgrund der Versagung der Lösung auf freiwilliger Basis sei, dass jeder sage, es nütze doch nichts. Wenn er es mache und der andere nicht, dann sei er der einzige der zurückbleibe und von der Konjunktur nicht mitprofitiere. Man müsse eine Kollektivverantwortung übernehmen. Das EPD könne als Departement nicht viel tun. Der jetzige Moment wäre psychologisch nicht so schlecht gewählt. Bedenken wegen der Inflation seien überall in allen Volkskreisen vorhanden. Es müsse ein Gesamtprogramm gefunden werden, wonach jeder gewisse Einschränkungen auf sich nehmen müsse. Das setze einen gewissen Dirigismus voraus. Er wisse nicht, wie das mit der Gesetzgebung möglich wäre. Es werde sehr schwer fallen, das Gentleman's-Agreement zu verlängern.

Die schwierigste Aufgabe werde sich beim Baugewerbe stellen mit seiner Gewinnmarge von 25 %. Bei der Plafonierung der Arbeitskräfte sollte die Landwirtschaft auf alle Fälle ausgeklammert werden. Auch unser Hotelgewerbe werde betroffen. Man brauche aber für die Durchführung der Plafonierung eine viel bessere Kontrolle in den Kantonen. Hier könnten auch regional noch Verbesserungen erzielt werden. Die Qualität der Arbeitskräfte spiele eine sehr grosse Rolle. Der, welcher besseres leiste, fühle sich heute benachteiligt.

Die Ueberexpansion der Industrie gehe in die Breite statt in die Tiefe. Die Investitionen hätten eine ungewisse Zukunft. Es wäre nützlich, mit der Elite der Industriellen direkt zu sprechen statt mit den Verbänden. Das stellt wiederum an die Bundesstellen Anforderungen, die sehr weit gehen. Man müsse auch die Lohngestaltung im Bunde miteinbeziehen. Wenn wir ein

- 11 -

Gesamtprogramm präsentieren können, das alle betrifft, dann werde man auch bei unseren Beamten auf Verständnis zählen können.

Nötig wäre auch eine Einschränkung des Konsums. Der Reklamestrom, der sich in alle Briefkästen ergiesse, sei ungeheuer. Man sollte diese Frage wenigstens prüfen.

Wenn wir mit einem Gesamtprogramm herausrücken, wäre mancher Hausvater froh, wenn er der Familie sagen könnte, sie müsse sich jetzt wieder etwas einschränken. Auch die, die sich als die Zurückgebliebenen fühlen, würden dann bescheidener, so auch die Landwirtschaft.

Der Redner fragt sich, ob der seinerzeit zurückgestellte Appell nicht nachgeholt werden sollte. Eigentlich sollte der Bundesrat für die Durchführung eines solchen Programms Vollmachten haben.

Herr Tschudi stellt fest, dass die schriftliche Diagnose, die man erhalten habe, klar gewesen sei. Wesentlich sei nun die Therapie. Von dem wissenschaftlichen Gremium, das erwähnt worden sei, dürfe man nicht zu viel erwarten. Man habe auch nicht Zeit. Alle Kreise unserer Bevölkerung glauben, dass etwas geschehen müsse für die Verteidigung des Franken. Ein grosser Teil der Landwirte glaube, dass sie nichts zu befürchten haben. Dort fände man nicht die gewünschte Unterstützung. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung wisse jedoch, was wir zu verlieren hätten. Ueber die Massnahmen, die man treffen sollte, bestehe keine "communis opinio". Bei der Zulassung der Arbeitskräfte oder bei andern Massnahmen überall sei es das gleiche. Die Betroffenen würden ein grosses Geschrei erheben. Eine Zinsverteuerung wirke zuerst preistreibend, weil die Landwirtschaft das auf den Produktpreis schlage, *und die Vermieter auf die Mietzuse.*

Die grosse Schwierigkeit liege darin, dass die kurzfristigen Massnahmen zuerst ^{mit} die Teuerung verschärfend wirken und erst später die gewünschte Wirkung entfalte.

Von allen Massnahmen seien die monetären der Nationalbank die wichtigsten. Es sei unerlässlich, dass hier tatsächlich Vorschriften gemacht werden. Ein wichtiger Punkt sei auch die Liberalisierung der Importe. *vielleicht*

Im EDI spielen die Bauten eine grosse Rolle. Mit den Hochbauten habe man derart zurückgehalten, dass man im Rückstande sei. ~~Bei gewissen Bauten~~ ^{somit} könne man mit einer weiteren Zurückhaltung nicht mehr viel gewinnen. Beim Gewässerschutz könne man nicht bremsen. Beim Nationalstrassenbau seien wir im Rückstand. Hier müsste man bremsen gegenüber den Automobilisten und gegenüber den Kantonen. Die Urner Regierung habe einstimmig eine fünfspurige Bahn für die Gotthardstrasse verlangt, samt dem Urner Parlament. Herr Ruckli entwickle überall eine grosse Härte. Man könne hier nicht viel einsparen.

Der Sprechende unterschützt die Idee, dass man nur etwas erreichen könne in einem Gesamtprogramm, das jedem Opfer auferlege, sonst falle man mit seinen Vorschlägen genau so ins Leere wie bei der Kommissionsberatung der 6. AHV-Revision. Nur wenn jeder

mit dem Antrag auf Beitragserhöhung

den Eindruck habe, dass die Last gleichmässig auf alle verteilt werde, könne man solche Vorschläge präsentieren. Die Schwierigkeit der Verwirklichung liege darin, dass alles dringlich sei. Herr Tschudi unterstreicht nochmals, dass er den Vorschlag, ein Gesamtprogramm aufzustellen, unterstütze.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass ihn die Diskussion mit Genugtuung erfülle, weil der Bundesrat zum Schlusse komme, dass man weiter gehen müsse als bisher. Man habe es bisher mit Appellen versucht. Der Erfolg sei, gemessen am gesteckten Ziel, sehr bescheiden. Er habe sich in seinen Ansprachen über Konjunkturpolitik etwas auf die Aeste hinausgewagt. Man werde nicht darum herumkommen, neue Gesetze zu erlassen.

Herr Chaudet hätte erklärt, dass wir im Rückstand seien auf vielen Gebieten und Herr Schaffner, dass man nicht alles auf einmal machen könne. Man müsse deshalb eine gewisse Programmierung und Lenkung vorsehen im Rahmen unserer Möglichkeiten. Die Konjunkturpolitik könne nicht nur darin bestehen, dass sich der Bundesrat überlege, was er selber tun könne, sondern er müsse die gesamte Wirtschaft beeinflussen und sich selber der Programmierung unterziehen. Man müsse zu einer Gesamtprogrammierung und Prioritätenaufstellung kommen. Es gebe die Schlüsselstellungen des Arbeitsmarktes und des Kapitalmarktes. Beide seien wegen des Zustromes aus dem Ausland nicht mehr frei. Auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes müsse man zu einer Plafonierung kommen, wobei es sich aber nicht um einen prozentualen Stopp handle. Man dürfe die Strukturbereinigung nicht stören. Es würden Härten entstehen für ganze Wirtschaftszweige und für einzelne Unternehmungen.

Man habe seinerzeit geglaubt, wenn man keine fremden Arbeiter hineinnehme, dann würde die Löhne hinaufgehen. So habe man hier und an andern Orten die Schwierigkeiten antizipiert, die jetzt kommen. Es werde schwer sein, sich das richtige Ziel zu setzen für die Plafonierung. 500'000 Fremdarbeiter könne die Schweiz noch ertragen, die 300'000 darüber nicht mehr.

Unser Staat, unsere Gesellschaft habe neue Aufgaben erhalten. Viele Dinge könne der einzelne nicht selber leisten. Darin sehe der Sprechende die grosse psychologische Schwierigkeit. Alle sind einig, dass man überall hilft. Er frage sich jetzt, ob die Bereitschaft so weit gehe, dass man auch dem Staate gebe, was er brauche. Man müsse auch die Einstellung des Individuums zum Staate verbessern.

Eine Einschränkung des Kredites sei notwendig. Sie müsse gezielt erfolgen, weil eine generelle Einschränkung zu Zinssteigerungen führe. Der Sprechende sehe auf dem Kapitalmarkt besondere Schwierigkeiten. Er erwähne nur die Notwendigkeit, die Kapitalien für den sozialen Wohnungsbau zu verbilligen.

Die Idee eines allgemeinen Lohn- und Preisstoppes sei nicht praktikabel und fern vor aller Wirklichkeit. Hier müsse man vorsichtig vorgehen.

Der Herr Bundespräsident begrüsse die Bildung eines Sachverständigenkollegiums, das bleibend in Kontakt sein müsste mit den führenden Kreisen der Wirtschaft und der staatlichen Behörden. Dieses Expertengremium müsste man etwas ausrichten auf die verschiedenen Kreise der Wirtschaft. Man sollte schon in diesem Gremium eine Auseinandersetzung der verschiedenen Interessen haben als Grundlage für die spätere Praxis. Die Zeit dränge, man könne nicht mehr warten, wenn man bremsen wolle.

Herr Bonvin stellt fest, dass es vor allem nötig sei, das Programm des Bundes und der Kantone zu koordinieren.

Herr Wahlen erwähnt die Wünschbarkeit eines Appelles an das Volk, der vielleicht schon vor der Durchführung eines Programmes erfolgen sollte. Der schweizerische Aufklärungsdienst könnte durch einen solchen Auftrag abgelenkt werden von einem Thema, das nun wirklich steril geworden sei. Man sollte ihm plastische Vortragsthemen geben.

Herr Schaffner stellt fest, dass es eine ganze Reihe von Massnahmen gebe, die kurzfristig das Uebel verschärfen und sich erst später günstig auswirken.

In der Mietzinsfrage könne man in der nächsten Legislatur noch nicht mit dem freien Wohnungsmarkt kommen. Doch habe sich der Ausbau der Ueberwachung als besser erwiesen als die Mietzinskontrolle.

Die Baugremien hätten "soso lala" gewirkt. Man könne eben nicht nur die Bauerei der öffentlichen Hand bremsen.

Psychologisch liege ein wichtiges Moment darin, dass man jedem seinen Teil zuweise. Herr Schaffner erklärt sich bereit, ein Gesamtprogramm nach den wichtigsten heute entwickelten Gesichtspunkten aufzustellen.

Man werde prüfen, ob nicht bei den Importen noch etwas zu machen sei. Man könnte vielleicht in Verbindung mit dem Fremdarbeiterstopp die Schutzzölle etwas vorwegnehmen. Der Sprechende könnte das nur, wenn ihm eine Preisbildungs- und Strukturüberwachungskommission zur Verfügung stünde. Unsere Importeure seien sehr beweglich.

Dieses Gremium müsse in Kontakt gesetzt werden mit der Gesamtwirtschaft. Gegenüber der Landwirtschaft brauche man im jetzigen Zeitpunkt kein schlechtes Gewissen zu haben.

Wenn der Sprechende eine Auswahl zwischen den Unzufriedenen habe, sei es besser eine grosse Zahl Unzufriedene zu haben.

Was die Vollmachten anbetreffe, so sei das Klima für die Gesetzgebung nicht mehr ganz so gut. Man müsse allen etwas weh tun. In eine sehr schwierige Lage würden wir geraten, wenn Herr Erhard die Mark ein zweites Mal aufwerten, oder die Holländer ihre Währung manipulieren würden. Wenn das geschehe, kämen wir in einen Druck, der uns zu ganz andern Massnahmen zwingen würde.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob man die Plafonierung der Arbeitskräfte als eine der ersten Massnahmen vorweg nehmen könne.

Herr Schaffner verspricht, in allernächster Zeit ein Exposé vorzulegen.

Herr Bonvin bemerkt, dass man, was die Arbeitskräfte aus dem Ausland betreffe, zu wenig Erleichterungen vorsehe für die qualifizierten Kräfte.

Herr Wahlen fragt, ob man die Botschaft über das Nationalbankgesetz auf die Dezembersession erwarten oder ob man sie mindestens ankündigen könne?

Herr von Moos wünscht, dass man, sobald ein solches Programm vorliege, mit den Kantonen rede. Er wirft auch die Frage auf, ob man nicht die einzelnen Fraktionen über die Situation orientieren könnte?

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man das letzte Mal auch mit den Kantonen gesprochen habe. Man müsse auch früh genug den Gang der Propaganda einschalten. Die Idee der Orientierung der Fraktionen sei gut, vorausgesetzt, dass man bis dann den Stoff dazu habe.

Herr Bonvin bemerkt, dass er im Plenum Gelegenheit haben werde, bei der Behandlung des Voranschlages davon zu reden.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass das Gespräch rasch weitergeführt werden müsse. Er möchte wissen, bis wann Herr Schaffner das Exposé liefern könne.

Herr Schaffner wünscht eine weitere Diskussion in der Woche vor der Session. Bis dahin werde er ein Inventar vorlegen der gesetzgeberischen Notwendigkeiten. So könnte man eine Grundlage schaffen für die Besprechung in den Fraktionen.

Beschluss: Es wird eine weitere Sitzung zur Besprechung der konjunkturpolitischen Massnahmen angesetzt auf Mittwoch, den 27. November. Abfahrt in Bern 11 Uhr 30. Mittagessen und Sitzung im Weissen Rössli in Zäziwil.

* * *